



Sitzungsniederschrift

Rat der Stadt Norderney

Sitzungsort:	Conversationshaus, Weißer Saal, Am Kurplatz 1	
Sitzungsdatum:	19.07.2018	Niederschrift gefertigt am: 20.08.2018
öffentlich	Beginn: 18.10 Uhr	Ende: 19.45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

RV Manfred Hahnen

Stimmberechtigtes Mitglied

2. stv. BM Jann Ennen
BG Stefan Wehlage
RM Hayo F. Moroni
BG Bernhard Onnen
BG Johannes Terfehr
BM Frank Ulrichs
RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann
RM Anke Dröst
RM Jens Podein
BG Axel Stange
RM Reinhard Kiefer
RM Jutta Wunsch
1. stv. BM Henning Padberg
stv. RV Silvia Selinger-Hugen

Von der Verwaltung

Dipl.-Ing. Frank Meemken (ab TOP 7)

Schriftführer

Verw.-Angest. Irene Köß

Entschuldigt fehlen:

RM Anfried Hauschild
RM Tobias Schnippering

Tagesordnung

7. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
8. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.03.2018 - öffentlicher Teil
9. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
10. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt
11. Bebauungsplan Nr. 36 'Seehospiz', Verfahren zur 4. Änderung
 - a) Beratung über die Abwägung
 - b) Satzungsbeschluss
12. Fair Trade Town Norderney - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
13. Unterstützungsunterschriften "Lebenswerte Insel Norderney"
14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Anfragen und Anregungen
16. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 7. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

RV Hahnen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

BG Wehlage beantragt, unter TOP 13 (Unterstützungsunterschriften „Lebenswerte Insel Norderney“) der Bürgerinitiative Gelegenheit zu geben, etwas zu dem Thema zu sagen.

Beschluss

Die Bürgerinitiative „Lebenswerte Insel Norderney“ soll unter TOP 13 Gelegenheit bekommen, ihre Meinung zu äußern.

11 Stimme/n dafür 1 Stimme/n dagegen 3 Enthaltungen

Der Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig zugestimmt.

TOP 8. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.03.2018 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung vom 28.03.2018 – öffentlicher Teil – wird mit 14 Jastimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

TOP 9. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

BM Ulrichs gibt bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung ein Beamter der Stadt Norderney befördert worden sei und man einen anderen Mitarbeiter in das Beamtenverhältnis übernommen habe.

TOP 10. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des Bürgermeisters ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**TOP 11. Bebauungsplan Nr. 36 'Seehospiz', Verfahren zur 4. Änderung
a) Beratung über die Abwägung
b) Satzungsbeschluss**

BM Ulrichs erläutert kurz die Verwaltungsvorlage.

Beschluss

- a) Die während des Auslegungsverfahrens zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 „Seehospiz“ vorgebrachten Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die öffentlichen und privaten Belange werden gem. § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB) untereinander und gegeneinander abgewogen. Die Zusammenstellung (Anlage) ist Bestandteil des Beschlusses.

14 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 1 Enthaltung

BG Stange macht darauf aufmerksam, dass der vorliegende Satzungstext unter b) nicht dem entspreche, was im Verwaltungsausschuss beschlossen worden sei. Der sachliche Geltungsbereich müsse ergänzt werden um Wohnungen zum Dauerwohnen für Personal, das für die Dauer seiner

Tätigkeit auf der Insel mit Hauptwohnsitz gemeldet sei. Dipl.-Ing. Meemken erläutert, dass der Satzungstext nicht geändert werden müsse, weil sich die beschlossene Änderung in der Begründung wiederfinde. Die Begründung sei entsprechend angepasst worden. Man habe lediglich aus Zeitgründen die Verwaltungsvorlage nicht austauschen können.

- b) Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – wird die 4. Änderung des Nr. 36 „Seehospiz“ mit der dazugehörigen Begründung vom Rat der Stadt Norderney als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung und der Begründung.

14 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

1 Enthaltung

TOP 12. Fair Trade Town Norderney - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

RM Dröst erläutert erneut den Antrag ihrer Fraktion (s. Ratssitzung vom 07.11.2017, TOP 17).

BG Onnen wiederholt seine Bedenken wegen des „Etikettenschwindels“. Außerdem schmecke ihm der Fair-Trade-Tee nicht, der im Verwaltungsausschuss probeweise angeboten worden sei. 1. stellv. BM Padberg meint, dass der Antrag unterstützenswert sei, wenn er auch eine freiwillige Beteiligung einem Ratsbeschluss vorzöge.

RM Dröst erläutert, dass eine Kommune sich bewerben müsse, wenn sie „Fair-Trade-Town“ werden wolle. Zu dieser Bewerbung gehöre ein Ratsbeschluss. BG Wehlage meint, dass es kein Label auf der Welt gebe ohne Schwindel. Als Mitglied der Fair-Trade-Town-Community habe die Stadt Einflussmöglichkeiten. BM Ulrichs meint, für eine Bewerbung spreche, dass die KGS schon seit einigen Jahren eine Fair-Trade-Schule sei. Für die Schüler sei es ein „Schlag ins Gesicht“, wenn man ihrem Beispiel nicht folgte.

RM Selinger-Hugen kündigt an, gegen den Antrag stimmen zu wollen, weil sie für Freiwilligkeit sei. Sie sehe es nicht als problematisch an, wenn Schule und Kommune unterschiedlich agierten. RM Dröst weist darauf hin, dass sich die Stadt nicht einmalig als Fair-Trade-Stadt bewerbe und den Titel dann behalte. Der Titel müsse immer wieder erneuert werden.

Beschluss

Gemäß Antrag von Bündnis90/DieGrünen:

Es wird beschlossen, dass die Stadt Norderney den Titel „fair trade town“ anstreben soll. Die Verwaltung wird beauftragt, die dafür notwendigen Schritte einzuleiten.

11 Stimme/n dafür

3 Stimme/n dagegen

1 Enthaltung

TOP 13. Unterstützungsunterschriften "Lebenswerte Insel Norderney"

RV Hahnen erteilt - wie beschlossen - einer Sprecherin der Bürgerinitiative, Frau Judel, das Wort. Frau Judel gibt folgende Stellungnahme ab: „Es muss dringend Wohnraum für Norderneyer geschaffen werden. Die Stadt ist auch schon auf dem richtigen Weg mit den Neubauten an der Ecke Mühlen-/Benekestraße und auch An der Mühle. Unserer Meinung nach sollte nur dort gebaut werden, wo bereits Bebauungspläne existieren, und nicht auf Naturflächen, die noch nicht als Bauland ausgewiesen sind. Die Vermietung muss in der Hand der Kommune bleiben – zu Preisen, die Arbeitnehmer, die auf Norderney wohnen und arbeiten möchten, bezahlen können. Stadtnahes Grün ist wichtig für das Klima in der Stadt. Grüne Flächen müssen in einer Stadt erhalten werden. Wir wollen keine Verdichtung der Bebauung in einem umbauten Innenbereich in der Innenstadt. Wir wollen verhindern,

dass durch eine Genehmigung dieses Bauvorhabens weitere grüne Flächen in ähnlicher Lage dann auch noch verschwinden und dadurch die Attraktivität unserer Insel sicherlich abnimmt.

Wir wollen die Politiker darauf aufmerksam machen, dass es reicht für die lebenswerte Insel Norderney. Wir haben schon jetzt zu wenig Wohnraum für Norderneyer. Unsere Insel ist voll. Das meinen sogar über 700 Gäste, die uns mit ihrer Unterschrift im letzten Jahr unterstützt haben. Wir weisen darauf hin, dass wir über 1.500 Unterschriften gegen das Bauprojekt von Herrn Bergmeyer erhalten haben. Es gibt noch nicht eine Unterschrift für dieses Projekt. Außer dem ehemaligen Eigentümer des Grundstücks, dem jetzigen Eigentümer, Herrn Bergmeyer, und einer Immobilienhändlerin hat sich noch niemand öffentlich für dieses Projekt ausgesprochen. Deshalb verstehen wir nicht, weshalb Sie als gewählte Vertreter der Bürger dieses Projekt eines Investors unterstützen wollen. Wir haben immer das Gespräch mit den Ratsmitgliedern gesucht. Aber leider bestand Ihrerseits häufig kein Interesse oder es lag Zeitmangel vor. Deshalb haben wir dann den schriftlichen Weg gewählt, was hier und dort zu Unmut geführt hat, um Ihnen mitzuteilen, dass es höchste Zeit ist für eine Wende. Wir alle müssen achtsam mit unserer Insel und der Natur umgehen. Der Ausverkauf unserer Insel muss gestoppt werden. Norderney soll eine lebenswerte Insel bleiben und nicht zugebaut werden wie Sylt.“

Während der Stellungnahme von Frau Judel werden von Mitgliedern der Bürgerinitiative drei Transparente hochgehalten mit der Aufschrift: „Für stadtnahes Grün“, „Keine Verdichtung der Bebauung“ und „Kein weiterer Ausverkauf unserer Insel“.

BM Ulrichs erläutert kurz die Verwaltungsvorlage und den bisherigen Verlauf der Angelegenheit.

1. stellv. BM Padberg macht darauf aufmerksam, dass der Bundes-Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Robert Habeck, kürzlich eine Baupflicht für brachliegende Flächen in Stadtbereichen gefordert habe, wo es zu wenig Mietraum gebe.

BG Wehlage plädiert erneut für eine Einwohnerbefragung. BG Terfehr macht darauf aufmerksam, dass in der Verwaltungsvorlage der Punkt „Finanzielle Auswirkungen“ nicht ausgefüllt sei. BM Ulrichs antwortet, dass er adhoc nicht die Kosten für eine Einwohnerbefragung nennen könne. Voraussichtlich werde eine Befragung wenige Tausend Euro kosten.

RM Moroni stellt den Antrag, zu beschließen, dass das Bauleitverfahren wie gesetzlich vorgegeben fortgeführt werden solle. Er ist darüber hinaus der Meinung, dass die Beschlussvorlage unzureichend sei. Über eine Einwohnerbefragung dürfe nur dann abgestimmt werden, wenn die Sachfrage, über die abgestimmt werden soll, konkret bestimmt sei. Dies sei hier nicht der Fall. Vielmehr solle die Festschreibung der Sachfrage in einem Folgeprozess durchgeführt werden. Die in der Vorlage genannte Alternative sei im Übrigen längst umgesetzt worden. Ursprünglich seien 30 Wohnungen geplant gewesen. Im Zuge des Bauleitverfahrens seien sie auf 20 Wohnungen reduziert worden.

BM Ulrichs weist darauf hin, dass nicht jeder, der sich für eine Einwohnerbefragung ausspreche, zwangsläufig gegen eine Bebauung des Grundstücks sei. Er glaube, dass es auf der Insel eine Mehrheit für das Bauprojekt gebe.

RV Hahnen meint, dass längst beschlossen worden sei, das Bauleitverfahren weiterzuführen. RM Moroni zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Beschluss

Der Rat der Stadt Norderney beschließt, über die grundsätzliche Fragestellung, ob das ehemalige Namuth-Grundstück bebaut werden soll gem. § 35 NKomVG, eine Einwohnerbefragung durchzuführen. Der genaue Wortlaut der Fragestellung sowie das Prozedere für eine solche Befragung (s. o.) ist noch abzustimmen.

5 Stimme/n dafür

9 Stimme/n dagegen

1 Enthaltung

TOP 14. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

TOP 15. Anfragen und Anregungen

Es liegen kein Anfragen und Anregungen vor.

TOP 16. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Herr Luttmann erkundigt sich nach dem weiteren Fortgang beim Bebauungsplan Nr. 4 (Innenstadt-Nordost). BM Ulrichs antwortet, dass eingegangene Stellungnahmen bisher nur intern bewertet worden seien. In einer öffentlichen Sitzung des Fachausschusses Ende August werde voraussichtlich darüber berichtet.

b) Herr Luttmann fragt, ob nach dem einige Jahre zurückliegenden Vortrag von Prof. Pott über Pflanzen auf der Insel etwas gegen schädliche Pflanzen unternommen worden sei (entfernen, dezimieren etc.). BM Ulrichs antwortet, dass die Nationalparkverwaltung die Pflanzenwelt sehr genau im Blick habe. So werde z. B. das Nadelkraut bekämpft. Man habe leider kaum Möglichkeiten, gegen Pflanzen auf privatem Grund und Boden vorzugehen.

c) Herr Luttmann regt an, ein Gespräch mit Prof. Pott und Verantwortlichen der Insel, des NLWKN und des Domänenamtes zu führen. Die damalige Darstellung des Fachmanns sei erschreckend gewesen. BM Ulrichs antwortet, dass er den Vortrag von Prof. Pott gehört habe. Er notiert sich den Hinweis.

d) Herr Jentsch erkundigt sich, ob hinsichtlich der „Gartenstadt“ schon das Bauleitverfahren laufe. Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass schon der Einleitungsbeschluss und die frühzeitige Beteiligung erledigt seien. Der nächste Schritt sei die öffentliche Auslegung.

e) Herr Geismann fragt im Zusammenhang mit der Frage von Herrn Luttmann unter b), warum solchen Fachleuten kein Gehör geschenkt werde. Vermehrt sei von der TDN wieder die Kartoffelrose angepflanzt worden. BM Ulrichs antwortet, dass für ihn die Kartoffelrose nicht unter die sogenannten Neophyten falle. Die Pflanze werde seit Jahrzehnten angepflanzt. Es stimme nicht, dass man der Meinung von Fachleuten kein Gehör schenke. In den letzten Jahren habe man viel gegen bestimmte Pflanzen unternommen.

f) Frau Extra spricht die FDP-Ratsmitglieder an. Sie verstehe nicht, warum diese Wahlwerbung mit einem offenen Rathaus und Bürgerbeteiligung machten und nun trotz des Vorliegens von mehr als 800 Unterschriften gegen eine Bürgerbefragung stimmten. RV Hahnen führt aus: „Es war eine demokratische Abstimmung. Wir haben so abgestimmt, wie wir das für richtig halten, und ich denke nicht, dass wir uns dafür rechtfertigen müssen.“ RM Podein antwortet, dass sich alle vier Ratsmitglieder der FDP mit den Unterschriften und dem Brief der Bürgerinitiative beschäftigt hätten. In keiner Stadt sei allein die Kommune zuständig für Wohnraum. Im Übrigen sei es nicht richtig, wenn Frau Judel sage, dass es keine öffentliche Zustimmung für das Projekt „Gartenstadt“ gegeben habe. Bei einem öffentlichen Termin auf dem fraglichen Grundstück mit Herrn Bergmeyer hätten sich genügend junge Norderneyer für das Bauen in der „Gartenstadt“ interessiert.

g) Herr Johannesdotter erkundigt sich hinsichtlich TOP 11, ob das ehemalige Verwaltungsgebäude des Seehospizes schon verkauft sei und wer der „Vorhabenträger“ sei. BM Ulrichs antwortet, dass das Gebäude seines Wissens nach verkauft worden sei. Einen Namen dürfe er nicht nennen. Herr Johannesdotter fragt, ob BM Ulrichs dieser Person zutraue, das Denkmal tatsächlich zu erhalten. BM Ulrichs antwortet, dass man mit dem Käufer einen städtebaulichen Vertrag schließen werde, um die Interessen der Stadt Norderney zu wahren. Man werde im Blick behalten, ob die Auflagen erfüllt würden.

h) Herr Johannesdotter stellt fest, dass in der Ellernstraße der Zaun neben dem Surfcafé vor einem Jahr weggenommen worden sei, so dass das Dünengelände ungeschützt sei. Er rät insbesondere vor dem Hintergrund von Großveranstaltungen am Strand dazu, dem durch einen Zaun entgegen zu treten. BM Ulrichs antwortet, dass es sich um ein Landesgrundstück handele. Er werde prüfen, ob Maßnahmen hier sinnvoll seien.

i) Frau Gottschalk stellt sich als Mitarbeiterin des Weltladens vor und bedankt sich für den positiven Beschluss hinsichtlich der Fair-Trade-Stadt.

j) Herr Luttmann fragt, ob der Käufer des Verwaltungsgebäudes beim Seehospiz von der Stadt wegen der Auflagen durch die Denkmalschutzbehörde unterstützt werde, damit die Preise nicht „explodierten“. BM Ulrichs antwortet, dass das Gebäude in Kenntnis der Denkmaleigenschaft erworben worden sei. Auch sei dem Käufer die Festlegung einer sozialen Nutzung im Bebauungsplan bekannt gewesen. In Sachen Denkmalschutz könne Norderney nur bedingt Einfluss nehmen, weil der Landkreis zuständig sei. Dipl.-Ing. Meemken ergänzt, dass er bisher keine Rückmeldung vom Vorhabenträger bekommen habe, Schwierigkeiten mit seinem Kostenplan zu haben.

k) Frau Thiemann ist aufgefallen, dass das Leitungswasser in den letzten Wochen getrübt sei als sonst. Wasser z. B. in der Badewanne sehe deutlich dunkler aus. Sie fragt, wie die Wasserversorgung und Wasserqualität gewährleistet werde, wenn die Trockenheit anhalte. BM Ulrichs antwortet, dass die Trockenheit nicht zu Farbveränderungen führe. Die Süßwasserlinse habe ein Volumen von mehr als 30 Mio Kubikmetern. Der im Zuschauerraum anwesende GF Schönmann ergänzt, er habe es im Frühjahr aufgrund der starken Regenfälle erlebt, dass das Wasser an der Dünenkante aus der Wasserlinse wieder herausgedrückt worden sei. Jeden Tag würden im übrigen Wasser-Proben entnommen, und die Grenzwerte seien eingehalten. Frau Thiemann müsse sich keine Sorgen machen.

l) Herr Luttmann erkundigt sich, ob das Wasser noch chemiefrei sei oder ob wegen des Farbtons etwas zugesetzt werde. GF Schönmann erklärt, dass keine Chemikalien zugesetzt würden.

m) Frau Oswald merkt an, dass hinsichtlich des Einheimischenmodells „Neuer Polder“ davon gesprochen worden sei, man habe nicht immer die richtige „Zielgruppe“ erreicht. Sie fragt, wie die richtige Zielgruppe bei der „Gartenstadt“ aussehe. RV Hahnen antwortet, dass die „Gartenstadt“ für Bewohner mit erstem Wohnsitz offen stehe.

n) Frau Extra meint, dass es sich bei der von RM Podein unter Punkt f erwähnten Veranstaltung von Herrn Bergmeyer um eine Informationsveranstaltung gehandelt habe, bei der Befürworter und Gegner der Gartenstadt zugegen gewesen seien.

2. stellv. BM Stange bittet RV Hahnen darum, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften hinsichtlich der Einwohnerfragestunde eingehalten würden. Alles andere als Fragen gehöre nicht in eine Fragestunde, sondern müsse nach der Ratssitzung bzw. in einem separaten Termin besprochen werden.

o) Herr Buchop erkundigt sich im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 36, wie weit das Baugenehmigungsverfahren hinsichtlich der Aufstockung des AWO-Gebäudes sei. Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass für das Vorhaben der AWO keine Änderung des Bebauungsplans erforderlich gewesen sei, weil sich die AWO an die Festsetzungen des Bebauungsplans gehalten habe. Herr Buchop fragt, warum eine Bebauung in dieser „Massivität“ zugelassen werde. BM Ulrichs antwortet, dass nicht aufgestockt werde. Vielmehr werde im östlichen Bereich etwas auf einen vorhandenen niedrig gelegenen Teil aufgebaut. Diese Veränderung werde man nach der Fertigstellung kaum wahrnehmen.

p) Frau Rass fragt RM Podein, ob er den Unterschied zwischen einem losen Zusammenkommen von Menschen und einer Unterschriftenliste mit mehr als 800 Unterschriften sehe. RM Podein antwortet, dass ihm dieser Unterschied bewusst sei.

q) Frau Nuhn meint, dass es auf Norderney heiße, es solle keine Bebauung in zweiter Reihe geben. Mit der „Gartenstadt“ werde nun ein Präzedenzfall geschaffen. BM Ulrichs entgegnet, dass es keine generelle Regelung gebe, in zweiter Reihe solle nicht gebaut werden. Tatsächlich gebe es sogar verschiedene Bereiche auf der Insel mit einer Bebauung in zweiter Reihe.

r) Eine Bürgerin fragt, ob in der Poststraße mehr wegen der Fahrräder in der Fußgängerzone kontrolliert werden könne.

s) Herr Jentsch spricht eine Anzeige in der Zeitung an, in der Schäfer und Schafe erwähnt worden seien. Er fragt RV Hahnen, der zusammen mit 1. stellv. BM Padberg in der Anzeige namentlich genannt worden sei, ob die Anzeige einen privaten Hintergrund habe oder ob sie mit der Funktion der Genannten in der Politik zu tun habe. Ihm sei die Bedeutung der Anzeige nicht klar. RV Hahnen antwortet, dass dies eine rein private Angelegenheit zwischen 1. stellv. BM Padberg und ihm und für andere nicht relevant sei.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Hahnen
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Köß
(Protokollführerin)